

Der Sächsische Erzähler

Tagesblatt für Bischofswerda

Einige Tageszeitung im Amtsgerichtsbezirk Bischofswerda und den angrenzenden Gebieten

Der Sächsische Erzähler ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, des Arbeitsgerichts und des Hauptamts zu Bautzen, des Amtsgerichts, des Finanzamts, der Schulinspektion und des Stadtrates zu Bischofswerda bestimzte Blatt



Neukirch und Umgegend

Unabhängige Zeitung für alle Stände in Stadt und Land. Dicht verbreitet in allen Volksschichten.

Beilagen: Illustriertes Sonntagsblatt / Heimatkundliche Beilage / Frau und Heim / Landwirtschaftliche Beilage. — Druck und Verlag von Friedrich May, G. m. b. H. in Bischofswerda. — Postcheckkonto Amt Dresden Nr. 1521. Gemeindeverbandsgirokasse Bischofswerda Konto Nr. 64

Erstausgabepreis: Tagblatt mit Illustration der Sonn- und Feiertage. Beigabezeit für die Zeit eines halben Monats: frei ins Haus halbjährlich Wert 1,30, beim Abholen in der Geschäftsstelle wöchentlich 50 Pf. Einzelnummer 10 Pf. (Sonntagsnummer 15 Pf.)

Jeweiliger Amt Bischofswerda Nr. 444 und 445.

Um Fülle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Förderungseinrichtungen — hat der Beigehör keine Anspruch auf Lieferung oder Rückerstattung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Beigabepreises.

Anzeigenpreis (in Reichsmark): Die 44 mm breite einspalige Millimeterzeile 10 Pf., doppelseitige Anzeigen 8 Pf. Um Tagblatt die 90 mm breite Millimeterzeile 30 Pf. Für das Erstellen von Anzeigen in bestimmten Nummern und an bestimmten Plätzen keine Gewähr. — Erfüllungsort Bischofswerda.

Nr. 24

Freitag, den 29. Januar 1932.

87. Jahrgang

Tagesschau.

* Nach englischen Meldungen soll keine Aussicht mehr auf eine Zusammenkunft zwischen MacDonald und Laval zur Erörterung der Reparationsfrage bestehen.

* Der bekannte schwedische Nationalökonom, Professor Gustav Cassel, beweist in der schwedischen Presse, daß Frankreich und seine Verbündeten das Recht verweilt haben, von Deutschland irgendwelche Tribute zu fordern.

* Der russische Volkskommissar des Neuhorns, Litwinow, wurde heute vom Reichskanzler und vom Staatssekretär von Bölow empfangen.

* Trotz der Annahme der japanischen Forderungen durch die Chinesen haben die Japaner die an die internationale Konzession bei Shanghai grenzende chinesische Stadt Schapéi besetzt. Die Stadt, die eine halbe Million Einwohner zählt, ging heute Freitag früh in Flammen auf.

* Vier vor Manila liegende amerikanische Kriegsschiffe haben Befehl erhalten, sofort nach Shanghai abzufahren. Auch ein japanisches Geschwader hat den Befehl zur Abfahrt nach Shanghai erhalten.

* Eine Meldung aus London berichtet, im Nordwesten Indiens werde seit Monaten ein erbitterter Krieg zwischen Moslemstaaten und Hindus geführt, der bisher 8000 Tote und 7000 Vermundete gefordert hat. Der indische Zensus sei es bisher gelungen, die Kämpfe zu verhindern.

* Ausführliches an anderer Stelle.

Professor Cassel beweist den Bruch des Bonnplans durch die Gläubigermaßnahmen.

Stockholm, 28. Januar. Professor Gustav Cassel bringt in "Svenska Dagbladet" den Beweis dafür, daß Frankreich und seine Verbündeten das Recht verweilt haben, von Deutschland irgendwelche Tribute zu fordern.

Cassel stellt zunächst den ursprüchlichen Zusammenhang zwischen Tributen, einseitiger Goldanhäufung, Preisfall und Zusammenbruch des Goldmünzensystems mit der Weltwirtschaftskrise fest. Die Versuche Frankreichs, die deutsche Tributfrage und die amerikanische Schuldenfrage zusammenzufassen, seien unberechtigt.

Cassel legt dann auseinander, daß die Unwilligkeit der Gläubigermächte, die notwendigen deutschen Exportüberschüsse aufzunehmen, Deutschland einen ungemeinen Schaden zugefügt habe, so daß die Gläubiger das Recht zum Empfang der Zahlungen verweilt hätten. Wenn die Gläubiger sich eines so großen Missbrauchs ihrer Stellung schuldig machen, daß sie dem Schuldner nicht nur die Zahlung unmöglich machen, sondern darüber hinaus unermäßlichen Schaden zufügen, so wird alles Gerede über die Heiligkeit eingegangener Verpflichtungen nichtig.

Formelles Recht werde dann von materiellem Unrecht zerbrochen, und es bleibe nichts anderes übrig, als einen Strich durch die Paragraphen zu machen, die keine moralische Berechtigung

hätten. In der heutigen Lage sei es unmöglich, die Tributfrage anders zu sehen. Die Versuche, Zahlungen zu erpressen, müßten zu Maßnahmen führen, die die ganze Rechtsordnung untergrüben und damit Weltwirtschaft und Zivilisation auf schwerste gefährdeten.

Cassel schließt mit den Worten: "Man wird, wenn man sich über die Unmöglichkeit der Tributforderungen klar geworden ist, mit großem Fleißmut die verhältnismäßig geringen Opfer ertragen können, die mit der Streichung dieser verwirrten Forderungen verbunden sind."

* Die französische halbmäßige Nachrichtenagentur Havas polemisiert gegen die deutsche Behauptung, die Wiederaufbaukosten in Frankreich betrügen 80 Milliarden Franken und behauptet, daß die Summe nach der Auflistung des französischen Haushalts 108 Milliarden Franken betrage. Besonders bemerkenswert ist hierbei, daß Havas die hohen Phantaziezahlen des französischen Finanzministers fallenlassen hat.

* Man erklärt weiter, es sei von deutscher Seite niemals behauptet worden, daß die gesamten Wiederaufbaukosten für Frankreich 80 Milliarden betrügen. Nach der Banting-Rate habe Deutschland nur für Personen- und Eigentumsschäden der Zivilbevölkerung aufzukommen. Von 98 Milliarden Franken müßten daher 5,8 Milliarden Franken für die Schäden an öffentlichem Eigentum und 12,5 Milliarden Franken für Verwaltungskosten und Diensten abgerechnet wer-

den, so daß die von Deutschland behauptete Summe von 80 Milliarden Franken herauskomme.

Englische Wirtschaftler für Streichung der Reparations- und Kriegsschulden.

London, 28. Januar. Die Gruppe herausragender englischer Wirtschaftler, die die Streichung der Reparations- und Kriegsschulden fordert, ist durch Sir Ernest Bonn vermehrt worden, der heute vor der Handelskammer von Glasgow eine Rede hielt. In der er u. a. sagte: Läßt uns den Regierungen der Welt klarmachen, daß nicht ein Cent oder Centimes Reparationen oder Schulden mehr gezahlt wird, und daß alles, was eine Konferenz noch zu tun hat, darin besteht, den Rückzug der dummen Menschen zu dessen, die seit den letzten 13 Jahren dies Durcheinander erzeugt haben.

Keine Zusammenkunft MacDonald-Laval?

London, 29. Januar. Im heutigen Leitartikel der Times wird erklärt, daß leider keine Aussicht mehr auf eine sofortige und besondere Zusammenkunft zwischen MacDonald und Laval zur Erörterung der Reparationsfrage zu bestehen scheine. Die Meinungsverschiedenheiten, die sich bei den vorbereitenden diplomatischen Besprechungen gezeigt hätten, seien so groß, daß man es nicht für wahrscheinlich gehalten habe, eine Zusammenkunft der Regierungschefs werde zu einer Vereinbarung führen. Dagegen sieht Times eine Gelegenheit zu "natürlichen vorberedeten Besprechungen", wenn die leitenden Minister der Welt zur Überleitungskonferenz in Genf zusammenkommen werden.

Verschärfte Spannung im fernen Osten.

Für eine amerikanisch-englische Aktion?

Washington, 28. Januar. Gut unterrichtete Kreise erklären, die Vereinigten Staaten würden in der Angelegenheit Shanghai nicht allein handeln, sondern das Staatsdepartement würde zunächst abwarten, bis der Standpunkt Großbritanniens bekannt ist.

London, 29. Januar. (Drahib.) Die Morgenblätter nehmen zur Frage einer gemeinsamen amerikanisch-englischen Aktion im Fernost eine feste Stellung.

"Times" äußert, wenn auch sehr zurückhaltend, daß gemeinsame Richtlinien natürlich von größter Wichtigkeit seien. Sicherlich könnten aber die britische und die amerikanische Auffassung über die Lage in China stark von einander abweichen. Wenn man auch zugeben müsse, daß Japan ernstlich provoziert worden sei, so würde die japanische Regierung doch gut daran tun, den Eindruck zu verwischen, daß der japanische Generalstab die Anordnungen der politischen Stellen nicht durchführt, sondern seinerseits ihnen sogar den Kurs vorzuschreiben versucht. "Daily Telegraph" ist der Ansicht, daß das japanische Vorgehen in Shanghai nicht mit dem in der Mandatschule zu vergleichen sei und bedenkliche Folgen zeigen könne. Die in Washington herrschende Sorge werde von der englischen Regierung geteilt; jedoch dürfte leichtere der Ansicht sein, daß im gegenwärtigen Augenblick der Gedanke an einen Druck auf Japan abgelehnt werden müsse. "Daily Express" erklärt das energische Vorgehen Japans für berechtigt, und "Daily Mail" betont, daß das englische Volk entschlossen sei, an keiner Aktion teilzunehmen, die sich gegen seinen alten Bundesgenossen Japan richtet.

Das Arbeiterblatt "Daily Herald" und der liberale "News Chronicle" begnügen sich mit unwilligen Neuheuerungen über den "japanischen Militarismus".

Japan besetzt die Chinesenstadt Schapéi.

Schanghai, 28. Januar. Trotz der Annahme der japanischen Forderungen durch die Chinesen hat der Oberbefehlshaber der japanischen Marinekräfte beschlossen, die an die internationale Konzession grenzende chinesische Stadt Schapéi zu besetzen. Er verlangt weiter die Besetzung aller Verteidigungsanlagen, die die Chinesen vor einiger Zeit an dieser Stelle errichtet haben.

Schanghai, 29. Januar. Um 1,30 Uhr früh hatten die Japaner den größten Teil von Schapéi besetzt. Die Chinesen leisten hartnäckigen Widerstand und weichen nach der internationale Konzession zurück. 13 japanische Verbündete sind in die Lazarette gebracht worden. Die chinesischen Verluste sollen schwer sein. Etwa 50 Chinesen sind gefangen genommen worden.

Ein japanischer Panzerwagen versuchte, durch die Konzession vorzudringen, mußte aber umkehren, da britische Freiwillige ihm die Durchfahrt nicht gestatteten.

Schapéi in Flammen.

Schanghai, 29. Januar. (Drahib.) Kurz nach 4 Uhr morgens brach in der Chinesenstadt Schapéi Feuer aus. Die Flammen griffen schnell um sich. Von den Büchern der Internationalen Akademie aus konnte deutlich beobachtet werden, wie in der 5 Kilometer entfernten Chinesenstadt ein Haus nach dem anderen in Flammen aufging, während die Luft von dem Knallen der Gewehr- und Maschinengewehrschüsse und dem dumpfen Krachen der fallenden Bomben und dem Summen der Flugzeugmotoren erfüllt war.

Vier amerikanische Zerstörer unterwegs nach Schanghai.

Washington, 28. Januar. (Reuter.) Vier amerikanische Zerstörer in Manila haben Befehl erhalten, sofort nach Schanghai in See zu gehen. Die Weisung ist veranlaßt durch das Erreichen des Befehlshabers der amerikanischen Flugwachtkräfte auf dem Yangtse. Die Zerstörer können im Notfall Schanghai in 35 Stunden erreichen. Kommandeur Admiral Taylor in Manila hat streng vertrauliche Informationen erhalten.

Auch japanische Kriegsschiffe nach Schanghai unterwegs.

Tokio, 29. Januar. (Reuter.) Ein Geschwader, bestehend aus drei Kreuzern, zwei Flugzeugmutter Schiffen und vier Zerstörern, hat den Befehl erhalten, zur Abfahrt nach Schanghai sich bereit zu halten. Ein Kreuzer und vier Zerstörer sind heute früh bereits von Sasebo nach Schanghai in See gegangen. An Bord der Schiffe befinden sich Landungskommandos.

Zwölf japanische Zerstörer haben heute früh die Mündung des Yangtse passiert.

Chinesische Truppen besetzen die Westviertel von Schanghai.

Schanghai, 29. Januar. (Reuter.) Chinesische Truppen sind in die Westviertel der Stadt, die an die internationale Konzession grenzen, eingedrungen. Zur Unterstützung der regulären ausländischen Truppen bei der Bewachung der Grenze der Konzession sind Freiwillige herangezogen worden. Die Japaner treffen Vorbereitungen zum Angriff auf den Nordbahnhof von Schanghai.

China will Widerstand leisten.

Nanking, 29. Januar. (Reuter.) China will jetzt gegen das japanische Vorgehen Widerstand leisten. Die Reiter der 19. kantonesischen Armee, die gegenwärtig im Gebiete von Nanking stehen, und die Dritte Division der Nationalgarde sind mobil gemacht und verladen worden, um nach Schanghai abzugehen.

Und der Völkerbundrat?

Er beschließt, in "diplomatisch abgewogener Form" sein Bedauern auszusprechen.

Gens, 28. Januar. Der Völkerbundrat hat heute nachmittag wiederum eine geheime Sitzung abgehalten, die dem chinesisch-japanischen Konflikt gewidmet war. Die Vertreter Japans und Chinas nahmen an der Sitzung nicht teil. Es wurde, wie gestern, der Wortlaut einer Erklärung besprochen, die der Präsident des Rates in einer der nächsten öffentlichen Sitzungen mitteilen wird. Diese Erklärung, mit der die jeglichen Verhandlungen des Rates über den mandutschurischen Konflikt abgeschlossen werden dürfen, wird u. a. in diplomatisch abgewogener Form Bedauern über die Vorgänge, die sich seit der letzten Rats-tagung, insbes. in Schanghai, ereignet haben, zum Ausdruck bringen.

China versucht es noch einmal beim Völkerbund.

Gens, 29. Januar. (Drahib.) Der Vertreter Chinas im Völkerbundrat, Vertreter Dr. Jen, hat heute vormittag den Antrag gestellt, daß der Völkerbundrat sich sofort